

Vorblatt zum Frühwarndokument

Vorhaben:	Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28. November 2006 in Bezug auf Vorschriften für Fernverkäufe von Gegenständen und bestimmte inländische Lieferungen von Gegenständen
KOM-Nr.:	COM(2018) 819 final
BR-Drucksache:	634/18
Federführendes Ressort/Aktenzeichen:	FM
Zielsetzung:	Festlegung von Vorschriften zur Unterstützung der Mehrwertsteuervorschriften im elektronischen Geschäftsverkehr, die ab dem 01. Januar 2021 gelten;
Wesentlicher Inhalt:	<p>Ausweitung der Bestimmungen über Steuerpflichtige, die elektronische Schnittstellen (Marktplätze, Plattformen, Portale etc.) betreiben, die die Lieferung von Gegenständen in der EU durch nicht in der EU ansässige Steuerpflichtige unterstützen;</p> <p>Elektronische Schnittstellen können die einzige Anlaufstelle für die Erklärung und Entrichtung der Mehrwertsteuer auch für inländische Lieferungen an Erwerber nutzen, wenn sie behandelt werden, als ob sie die Gegenstände selbst geliefert hätten.</p>
Vorläufige Einschätzung zur Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips (bei Bedenken: kurze Begründung):	Keine Bedenken
Besonderes schleswig-holsteinisches Interesse?:	Nein
Zeitplan für die Behandlung:	Noch nicht bekannt.

- | | |
|---|--|
| <ul style="list-style-type: none">a) Bundesratb) Rat:c) ggf. Fachministerkonferenzen,
etc. | |
|---|--|